

Jochen Kehlenbach

Präsident des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

## **Begrüßung**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie zum 1. Kongress zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder hier in Düsseldorf ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass so viele Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, den Verwaltungen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Statistik der Einladung zu dieser Veranstaltung gefolgt sind.

Besonders begrüßen möchte ich die Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Bärbel Höhn.

Sehr geehrte Frau Ministerin Höhn, ich bin Ihnen und dem Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Axel Horstmann, den wir heute Nachmittag hier erwarten, sehr dankbar, dass Sie sich bereit erklärt haben, sich mit Fachvorträgen an der inhaltlichen Gestaltung der Veranstaltung zu beteiligen. Dies kennzeichnet den politischen Stellenwert, den die Landesregierung Nordrhein-Westfalen den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder beimisst. In einer Zeit, in der die amtliche Statistik wieder einmal in der öffentlichen Kritik steht und nahezu ausschließlich unter den Aspekten Kostensenkung, Bürokratieabbau und Entlastung der Wirtschaft und weniger unter der Zielsetzung der Bereitstellung einer unverzichtbaren informellen Infrastruktur diskutiert wird, sind wir Statistiker Ihnen, Frau Ministerin, für diese politische Anerkennung und Rückendeckung sehr dankbar.

Begrüßen möchte ich auch Herrn Professor Dr. Bernd Meyer von der Universität Osnabrück, den letzten Vorsitzenden des ehemaligen wissenschaftlichen Beirats zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ich freue mich, dass wir mit Professor Dr. Meyer einen ausgewiesenen Fachmann für die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen als Moderator für diese Veranstaltung gewinnen konnten.

Danken möchte ich an dieser Stelle allen, die an der organisatorischen Vorbereitung und der fachlichen Gestaltung dieses Kongresses beteiligt sind, den Referenten aus den Ministerien und aus der amtlichen Statistik sowie den Mitgliedern der "Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder".

Abschließend möchte ich mich auch bei Herrn Regierungspräsidenten Jürgen Büsow dafür bedanken, dass wir hier in den Räumen der Bezirksregierung Düsseldorf diese Veranstaltung durchführen können.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist in den letzten Jahren zum festen Bestandteil der internationalen, nationalen und regionalen Politik geworden. Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im August/September 2002 in Johannesburg und nicht zuletzt die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien Anfang dieses Monats in Bonn haben die Erkenntnisse der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt- und Entwicklungsfragen 1992 nachdrücklich bestätigt, dass ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Die Bundesregierung hat im April 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ eine Strategie für nachhaltige Entwicklung mit 21 konkreten Zielen und Indikatoren verabschiedet. Auf regionaler Ebene ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung mit der Agenda 21 zum zentralen Bestandteil der Politik der Landesregierungen geworden.

Zur Unterstützung der von Bund und Ländern verfolgten Nachhaltigkeitsstrategie hat die amtliche Statistik in Ergänzung zu den traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene umweltökonomische und zukünftig sozioökonomische Gesamtrechnungen als Satellitenrechnung bereitzustellen, um die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interdependenzen zu dokumentieren.

Auf Bundesebene steht derzeit mit den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ein Informationssystem zur Verfügung, das diese Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt statistisch beschreibt, für eine Reihe wichtiger umweltrelevanter Indikatoren Daten liefert, Entwicklungszusammenhänge verdeutlicht und aufzeigt, inwieweit umweltpolitische Ziele erreicht wurden.

1998 haben die Statistischen Landesämter mit der Einsetzung der "Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder" die Arbeiten zur Regionalisierung der UGR aufgenommen und sich damit einer umweltpolitischen Herausforderung gestellt. Die Statistischen Landesämter wollen damit verlässliche und vergleichbare regionale statistische Informationsgrundlagen für die Nachhaltigkeitsdiskussion sowie für die Gestaltung und Beobachtung umweltpolitischer Maßnahmen auf der jeweiligen Landesebene schaffen.

Die "Arbeitsgruppe UGR der Länder" orientiert sich bei ihren konzeptionellen Arbeiten methodisch an den UGR des Statistischen Bundesamtes; dies ist notwendig, um die gebotene Einheitlichkeit der Rechnungen und Berichtssysteme sowie die interregionale Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Entsprechend der Zielsetzung der UGR, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt zu beschreiben, hat die Arbeitsgruppe natürlich auch die vom "Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" entwickelten methodischen Grundlagen zu berücksichtigen. Ziel der Arbeitsgruppe UGR der Länder ist es, auf regionaler Ebene ein Satellitensystem

zur VGR der Länder zu etablieren, das die VGR um die Umweltaspekte ergänzt. Dabei ist sicherzustellen, dass die Daten von UGR und VGR vollständig kompatibel sind.

In die Berechnungen der "Arbeitsgruppe UGR der Länder" fließen die Daten aller Länder ein, obwohl der Arbeitsgruppe bisher nur elf Landesämter – seit heute zwölf Landesämter – angehören. In bin aber zuversichtlich, dass sich die vier in der Arbeitsgruppe noch nicht vertretenen Länder wegen der umweltpolitischen Relevanz dieser Arbeiten bald anschließen werden. Ich hoffe, dass dies auch durch diesen Kongress unterstützt wird.

Die "Arbeitsgruppe UGR der Länder" präsentiert auf diesem Kongress die ersten regionalen statistischen Ergebnisse über Beanspruchung, Verbrauch, Entwertung und Zerstörung der Natur durch Wirtschaft und private Haushalte; darüber hinaus soll aufgezeigt werden, inwieweit gleichzeitig Maßnahmen zum Erhalt der Umwelt wirken. Die Arbeitsgruppe erhofft sich von diesem Kongress aber auch Hinweise zu den Anforderungen der Nutzer, d. h. der Politik, der Wissenschaft und der Verwaltung an die UGR der Länder. Insofern sind wir sehr gespannt, Frau Ministerin Höhn, auf Ihre Ausführungen und die von Herrn Minister Dr. Horstmann. Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch Sie alle bitten, im Rahmen der Diskussion Ihre Erwartungen an die UGR der Länder zu formulieren.

Bevor ich nun das Wort an Herrn Professor Meyer weitergebe, möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass wir Ihre Rede- und Diskussionsbeiträge mittels Tonband aufzeichnen. Wir beabsichtigen, diesen Kongress mit einem Tagungsband zu dokumentieren, und möchten Ihre Beiträge möglichst genau wiedergeben. Die Bänder werden selbstverständlich nach der Fertigstellung des Tagungsbandes gelöscht.

Ich darf Ihnen allen abschließend eine interessante und informative Veranstaltung wünschen und Sie, Herr Professor Dr. Meyer, bitten, nun die Moderation zu übernehmen.

## **Moderation**

Prof. Dr. Bernd Meyer

Herr Kehlenbach, vielen Dank für die Einführung in die Thematik. Sie haben das grundsätzliche Feld, in dem wir uns hier bewegen, schon deutlich umrissen. Es geht darum, das Informationsproblem zu lösen, das zwangsläufig entsteht, wenn wir nachhaltige Politik betreiben wollen. Dafür sind die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen in

der Tat unverzichtbar. Sie haben auch schon gezeigt, dass wir unbedingt eine Regionalisierung brauchen. Die umweltökonomischen Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen sind ganz anders als z. B. in Mecklenburg-Vorpommern. Unsere politische Gliederung führt dazu, dass viele Entscheidungsmöglichkeiten bei den Ländern liegen und die Gestaltung der Politik in weiten Bereichen dort geschieht. Von daher ist es klar, wir brauchen eine UGR der Länder. Die Politik braucht sie, denn sie muss Ziele formulieren, Maßnahmen ergreifen und sich darüber Gedanken machen, wie nun diese Maßnahmen auf die verschiedenen Ziele in den verschiedenen Bereichen wirken. Wir als Bürger und Wähler brauchen sie natürlich auch, denn wir wollen die Probleme ja verstehen. Und die Wissenschaftler brauchen die UGR, denn auf ihre Daten kann man mit weitergehenden Analysen aufbauen und die Politik so unterstützen.

Wir haben bei der Entwicklung der UGR des Bundes sehr darauf geachtet, dass bereits in der konzeptionellen Phase der Kontakt mit der Politik da war. Das war ein ganz wesentliches Merkmal unserer Arbeit, und insofern finde ich es besonders erfreulich, wenn hier noch in der konzeptionellen Phase der UGR der Länder die Spitzen der hauptsächlich angesprochenen Ministerien des gastgebenden Bundeslandes zugegen sind. Insofern haben wir heute sicherlich eine ganz spannende Veranstaltung, weil wir nicht nur über fachliche Details reden, sondern auch über die Einbindung des Ganzen in die Politik. Und ich freue mich natürlich sehr, Frau Höhn, dass ich Ihnen jetzt das Wort geben darf.